

Inhaltsverzeichnis

05.02.2013 Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse
Niederschrift ö ASS 28.11.2012

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

- | | | |
|----------------|--|--|
| Top Ö 5 | Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2013 betr.
mehr Flexibilität in der Offenen Ganztagschule
Vorlage
Vorlage: 072/2013-4
Antrag | Vorlage: 072/2013-4
Vorlage: 072/2013-4 |
| Top Ö 6 | Mitteilung betr. Anmeldetermine der
weiterführenden Schulen im Schulträgerbereich
der Stadt Bornheim für das Schuljahr 2013/14
Vorlage ohne Beschluss | Vorlage: 058/2013-4 |
| Top Ö 7 | Mitteilung betr. Fortführung der Zukunftswerkstatt
2012
Vorlage ohne Beschluss
Vorlage: 059/2013-4
Protokoll Zukunftswerkstatt | Vorlage: 059/2013-4
Vorlage: 059/2013-4 |
| Top Ö 8 | Mitteilung betr. Weiterentwicklung der
Bornheimer Verbundschule am Schulstandort
Uedorf
Vorlage ohne Beschluss
Vorlage: 060/2013-4
Erste Ideensammlung zur Konzeptentwicklung | Vorlage: 060/2013-4
Vorlage: 060/2013-4 |

Einladung



Sitzung Nr.	09/2013
ASS Nr.	2/2013

An die Mitglieder
des **Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 24.01.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Dienstag, 05.02.2013, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2**, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 66/2012 vom 28.11.2012	
5	Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2013 betr. mehr Flexibilität in der Offenen Ganztagschule	072/2013-4
6	Mitteilung betr. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim für das Schuljahr 2013/14	058/2013-4
7	Mitteilung betr. Fortführung der Zukunftswerkstatt 2012	059/2013-4
8	Mitteilung betr. Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule am Schulstandort Uedorf	060/2013-4
9	Mitteilung betr. Sachstand der Baumaßnahmen an den städtischen Schulen	
10	Mitteilungen mündlich	
11	Anfragen mündlich	
	<u>Nicht-öffentliche Sitzung</u>	
12	Auftrag zur Verlegung eines Kleinspielfeldes und einer Skateranlage an der Goethestraße	039/2013-1
13	Mitteilungen mündlich	
14	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet: Gabriele Deussen-Dopstadt beglaubigt:
(Vorsitzende/r)


(Verwaltungsfachangestellte)

Niederschrift



Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel der Stadt Bornheim am Mittwoch, 28.11.2012, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	66/2012
ASS Nr.	5/2012

Anwesende

Vorsitzende

Deussen-Dopstadt, Gabriele Bündnis90/Grüne

Mitglieder

Breuer, Paul

Dopstadt, Julian Bündnis90/Grüne ab TOP 5

Fendel-Sridharan, Petra CDU-Fraktion

Flamme, Christina CDU-Fraktion

Gruneberg, Julia SPD-Fraktion

Heller, Petra CDU-Fraktion

Jaritz, Karin SPD-Fraktion

Kabon, Matthias FDP-Fraktion

Kretschmer, Gabriele CDU-Fraktion

Krüger, Frank W. SPD-Fraktion

Krüger, Ute SPD-Fraktion

Meiswinkel, Hildegard CDU-Fraktion

Müller, Josef UWG/Forum-Fraktion

Quadt-Herte, Manfred Bündnis90/Grüne

Siebert, Hans-Martin FDP-Fraktion

Wingenbach, Matthias CDU-Fraktion

Züge, Rainer SPD-Fraktion

stv. Mitglieder

Klar, Rainer Dr. CDU-Fraktion

Velten, Konrad CDU-Fraktion ab TOP 1

beratende Mitglieder

Becker, Christoph Gesamtschule

Engelhardt, Brigitte Dr. Gymnasium

Frechen, Helga Seniorenbeirat bis TOP 7

Heitmann, Henriette Hauptschule

Scheuer, Uta Grundschule

Vaudlet, Stefan Schulleiter

Will, Uta Förder-/Verbundschule

stv. beratende Mitglieder

Schmuck-Lang, Dorothea Stadtschulpflegschaft bis TOP 6

Verwaltungsvertreter

Harder, Manfred

Pieck, Johannes

Schier, Manfred Erster Beigeordneter

Schnapka, Markus Beigeordneter

Schriftführer

Hasselbach, Knut

Nicht anwesend (entschuldigt)

Bandel, Helga	CDU-Fraktion
Donix, Michael	CDU-Fraktion
Pütz, Wolfgang Pfarrer	kath. Kirche
Reidick, Friederike	Stadtschulpflegschaft
Rothschild, Marie-Susann	Evang. Kirche

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschusmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 36/2012 vom 12.06.2012 und Nr. 44/2012 vom 04.09.2012	
5	Integration Schülerspezialverkehr in den öffentlichen Personennahverkehr ab dem Schuljahr 2013/2014	584/2012-4
6	Bericht über die Tätigkeit des Seniorenbeirates der Stadt Bornheim	585/2012-5
7	Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule	578/2012-4
8	Anregung nach § 24 GO vom 21.06.2012 betr. Einrichtung einer Bedarfshaltestelle in Merten für den Schulbusverkehr zur Europaschule	359/2012-4
9	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2012 betr. Ergänzungswahlen zum Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	597/2012-1
10	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2012 betr. Teilnahme am Projekt "Kein Kind zurück lassen"	598/2012-4
11	Mitteilung betr. Bildung von Arbeitsgruppen durch den Seniorenbeirat der Stadt Bornheim	422/2012-5
12	Mitteilung betr. Standort der Skateranlage an der Europaschule Bornheim	472/2012-1
13	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich ASS)	517/2012-1
14	Mitteilung betr. Zukunftswerkstatt 2012	564/2012-4
15	Mitteilung betr. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Alfter	565/2012-4
16	Mitteilung betr. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)	577/2012-4
17	Mitteilung betr. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim für das Schuljahr 2013/2014	581/2012-4
18	Mitteilung betr. Sachstand der Baumaßnahmen an den städtischen Schulen	
19	Mitteilungen mündlich	
20	Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.08.2012 betr. Beteiligung der Bornheimer Schulen am Sportabzeichen-Wettbewerb des Kreissportbundes Rhein-Sieg	448/2012-4
21	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2012 betr. Medienpass NRW für Grundschulen	599/2012-4
22	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2012 betr. Ausbildung zu Sport Helfern an den weiterführenden Schulen	600/2012-4

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
23	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2012 betr. Beteiligung der Schulen zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen zum internationalen Tag der Prävention	601/2012-GB
24	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Gabriele Deussen-Dopstadt eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel erweitert die Sitzung um den neuen nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt 27 (Vorlage Nr. 618/2012-4).

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 5, 18, 6+11, 7 – 10, 12 – 17, 19.

- Einstimmig -

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Hasselbach ist bereits zum Schriftführer bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 36/2012 vom 12.06.2012 und Nr. 44/2012 vom 04.09.2012	
----------	---	--

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel erhebt gegen die Niederschriften über die Sitzungen Nr. 36/2012 vom 12.06.2012 und Nr. 44/2012 vom 04.09.2012 keine Einwände.

- Einstimmig -

5	Integration Schülerspezialverkehr in den öffentlichen Personennahverkehr ab dem Schuljahr 2013/2014	584/2012-4
----------	--	-------------------

Herr Mauel von der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) stellt im Ausschuss die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen dar und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die mündlichen Ausführungen des Vertreters der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sowie die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, eine komplette oder teilweise Übernahme des bisherigen Schülerspezialverkehrs zum Schuljahr 2014/2015 in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unter Berücksichtigung finanzieller und organisatorischer Aspekte sowie der ergänzenden Unterlagen der RVK zu prüfen.

- Einstimmig -

6	Bericht über die Tätigkeit des Seniorenbeirates der Stadt Bornheim	585/2012-5
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Ausführungen von Frau Frechen zur Kenntnis.

- Einstimmig -

7	Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule	578/2012-4
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel

1. nimmt von den Ausführungen des Bürgermeisters Kenntnis,
2. beauftragt den Bürgermeister, sich im Benehmen mit der Schulaufsicht und der Schulleitung dafür einzusetzen, dass durch schulorganisatorische Maßnahmen der Schulstandort Uedorf für den sonderpädagogischen Förderbedarf langfristig erhalten werden kann,
3. beauftragt den Bürgermeister, den Ausschuss regelmäßig über die weitere Entwicklung zu berichten.

- Einstimmig -

8	Anregung nach § 24 GO vom 21.06.2012 betr. Einrichtung einer Bedarfshaltestelle in Merten für den Schulbusverkehr zur Europaschule	359/2012-4
----------	---	-------------------

StOAR Pieck stellt die Situation und örtlichen Gegebenheiten hinsichtlich der Einrichtung einer Bedarfshaltestelle und der Streckenführung dar und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Anregung zur Kenntnis und beschließt, aus straßenverkehrsrechtlichen Gründen von der Einrichtung zusätzlicher Haltestellen für den Schülerspezialverkehr im Bereich Bachstr./Kirchstr. abzusehen.

- Einstimmig -

9	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2012 betr. Ergänzungswahlen zum Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	597/2012-1
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. im **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** die Anzahl der beratenden Mitglieder von bisher 11 auf 12 Personen und damit die Anzahl aller Ausschussmitglieder von bisher 31 auf 32 Personen zu erhöhen.

Die **Ratsmitglieder** wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages

2. in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** zur Vertretung der städtischen Schulen gem. § 85 des Schulgesetzes NRW
 - 2.1 für die Sekundarschule
Frau **Astrid Geschwind** (kommissarische Leiterin der Sekundarschule) als beratendes Mitglied und Herrn **Christoph Kaletsch** (stv. kommissarischer Leiter der Sekundarschule) als stv. beratendes Mitglied sowie
 - 2.2 für die Hauptschule
Frau **Uta Scherer** (stellvertretende Leiterin der Hauptschule) als stv. beratendes Mitglied, und zwar anstelle von Frau Astrid Geschwind, die unter Nr. 2.1 als beratendes Mitglied für die Sekundarschule gewählt wird.

- Einstimmig -

10	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2012 betr. Teilnahme am Projekt "Kein Kind zurück lassen"	598/2012-4
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beauftragt den Bürgermeister,

1. dass die Schulsozialarbeiter in einer der nächsten Sitzungen ihre Arbeit vorstellen,
2. zu prüfen, inwieweit es unter personellen und finanziellen Voraussetzungen möglich ist, sich an dem Projekt der Landesregierung in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung zu beteiligen.

- Einstimmig -

11	Mitteilung betr. Bildung von Arbeitsgruppen durch den Seniorenbeirat der Stadt Bornheim	422/2012-5
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

12	Mitteilung betr. Standort der Skateranlage an der Europaschule Bornheim	472/2012-1
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

13	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich ASS)	517/2012-1
-----------	--	-------------------

Hinweis des AM Kretschmer:

Sie vermisst die Ergänzung über WC-Konzept, Schülerspezialverkehr und Schulhausmeister

- Kenntnis genommen -

14	Mitteilung betr. Zukunftswerkstatt 2012	564/2012-4
-----------	--	-------------------

Ergänzung:

Für die nächste Zukunftswerkstatt soll auch der Seniorenbeirat eingeladen werden.

- Kenntnis genommen -

15	Mitteilung betr. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Alfter	565/2012-4
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

16	Mitteilung betr. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)	577/2012-4
-----------	---	-------------------

Auf die Anlage (siehe Seite 9) zu diesem Tagesordnungspunkt wird verwiesen.

- Kenntnis genommen -

17	Mitteilung betr. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim für das Schuljahr 2013/2014	581/2012-4
-----------	---	-------------------

Hinweis VA Harder:

Neue Anmeldetermine aufgrund 2. Verfügung der Bezirksregierung Köln (Änderungen fett markiert):

- Europaschule Bornheim = **04.-15.02.2013** / Versand der Zu- und Absagen am **22.02.2013**.

Die Anmeldetermine für das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium und die Sekundarschule werden in Absprache mit den beiden Schulen neu festgesetzt.

- Kenntnis genommen -

18	Mitteilung betr. Sachstand der Baumaßnahmen an den städtischen Schulen	
-----------	---	--

Beigeordneter Schier informiert den Ausschuss über folgende laufende bzw. abgeschlossene Baumaßnahmen an Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim:

- Sanierung Turnhalle Hersel sowie Brandschutz Turnhallen Hersel, Rösberg, Sechtem, Walberberg kurz vor dem Abschluss
- Prüfung, ob Brandschutz Turnhalle Europaschule Bornheim gewährleistet
- Grundschule Waldorf und Walberberg: Energetische Sanierung in 2013
- Kurzer Ausblick über bauliche Anpassung von Schulen im Rahmen der Inklusion (Erstellung eines Konzeptes vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten/Erfordernissen).

- Kenntnis genommen -

19	Mitteilungen mündlich	
-----------	------------------------------	--

Beigeordneter Schnapka:

Betr. Unfall am 26.08.2012 an der Bedarfshaltestelle Merten, Beethovenstraße.

Ergebnis der Prüfung, dass seitens des Schulträgers kein Handlungsbedarf hinsichtlich Änderung an den Haltestellen besteht.

20	Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.08.2012 betr. Beteiligung der Bornheimer Schulen am Sportabzeichen-Wettbewerb des Kreissportbundes Rhein-Sieg	448/2012-4
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

21	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2012 betr. Medienpass NRW für Grundschulen	599/2012-4
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

22	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2012 betr. Ausbildung zu Sporthelfern an den weiterführenden Schulen	600/2012-4
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

23	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2012 betr. Beteiligung der Schulen zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen zum internationalen Tag der Prävention	601/2012-GB
-----------	---	--------------------

Auf die Anlage (siehe Seite 10) zu diesem Tagesordnungspunkt wird verwiesen.

- Kenntnis genommen -

24	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

von AM Züge:

Schülerzahlen bei der Teilnahme am Schulschwimmen im HallenFreizeitBad in Bornheim sind rückläufig. Demzufolge soll die Stadt vermehrt auf die Schulen zugehen, um für eine entsprechende Auslastung des Schulschwimmens zu werben.

Antwort des Beigeordneten Schnapka:

Die Schulen werden entsprechend informiert.

von AM Heitmann:

Betr. untere Schulhofgestaltung. Ist Nutzung möglich, da 110 neue Sekundarschüler?

Antwort des Beigeordneten Schnapka:

Antwort erfolgt nach Prüfung schriftlich.

von AM Kretschmer:

Hat seitens der Europaschule ein Gespräch mit der Polizei wegen des Unfalls vom 26.08.2012 an der Bedarfshaltestelle gegeben?

Antwort des AM Becker:

Nein, jedoch mit den betroffenen Eltern.

von AM Kretschmer:

Betr. Neustrukturierung der Grundsicherung des Alters. Diesbezügliche Frage wurde im letzten Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel vom 04.09.2012 gestellt. Wann ist mit einer entsprechenden Antwort seitens der Verwaltung zu rechnen?

Antwort des Beigeordneten Schnapka:

Antwort im nächsten Ausschuss oder interfraktionell.

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

gez. Gabriele Deussen-Dopstadt
Vorsitz

gez. Knut Hasselbach
Schriftführung

Anlage zu TOP 16 (Vorlage Nr. 577/2012-4)

zu Vorlage Nr. 577/2012-4

Schnapka, Markus (Beigeordneter)

Von: Schnapka, Markus (Beigeordneter)
Gesendet: Freitag, 23. November 2012 10:05
An: Brühl, Gerhard-Josef; buhr; christoph.becker; Flottmeier; Garbes, Elvira; Gottschalk, Susanne; Harder, Manfred; Heitmann; Irene Ockenfels; Knoblauch, Heike; Meyer, Herbert; Rauh; Rösner, Julia; rothkegel; Salber, Verena; Schnapka, Markus (Beigeordneter); Schwartmanns, Annemarie; Uta Will; vaudlet
Cc: Norbert.Czerwinski@landtag.nrw.de
Betreff: 9. Schulrechtsänderungsgesetz
Anlagen: 2012-11-22-Vorbericht TOP 3 Inklusion-Anlage3.pdf; 2012-11-22-Vorbericht TOP 3 Inklusion-Anlage1.pdf; 2012-11-22-Vorbericht TOP 3 Inklusion-Anlage2.pdf; 2012-11-22-Vorbericht TOP 3 Inklusion-Anlage3.pdf; 2012-11-22-Vorbericht TOP 3 Inklusion-Anlage4.pdf; 9_SchLRändG Stellungnahme Stadt Bornheim.pdf; 2012-11-22-Vorbericht TOP 3 Inklusion-Anlage4.pdf

Lieber Kolleginnen, liebe Kollegen,

bei einer Sitzung der "Kleinen Kommission" im Städte- und Gemeindebund stand das Thema "Inklusion" auf der Tagesordnung. Dazu einige Materialien in der Anlage, auch die Bornheimer Stellungnahme, die zum Zuge kam. Staatssekretär Ludwig Hecke war zur Erörterung gekommen. In der Sache gab es interessante Tendenzen, hier subjektiv aufgeschnappt und wiedergegeben:

- Beim Gesetzentwurf wird sowohl bei den Fristen für den Übergang wie auch bei der Mindestzahl der FörderschülerInnen noch gefeilt bzw. nachgebessert.
- Die Kompetenzzentren werden nicht einfach als auslaufend definiert, der Übergang (z.B. in ein Förderzentrum) wird geebnet.
- Der Übergang in die Weiterführenden Schulen wird auch unter quantitativen Gesichtspunkten neu ausgelegt.
- Regionale Schulentwicklungsplanung ist besonders wichtig, wenn in der Region mehrere Förderschulen sind und nur eine oder zwei überleben soll(en).
- AOSF soll teilweise ersetzt werden durch ein kommunal zu steuerndes Budget, das sich an der Zahl der SchülerInnen mit Förderbedarf orientiert. Dieses soll bei Schwerpunktschulen zum Zuge kommen. Ist noch unausgegoren.
- Es ist von allen Seiten klargestellt, dass unabhängig von der Konnexitätsdebatte der Ressourceneinsatz sowohl auf kommunaler wie auf Landesseite definiert werden muss. (Die Anwesenden machten deutlich, dass dies vor und nicht nach Einbringung des Entwurfes geklärt sein muss, ebenso wie auch die Wirkungen auf die Bewegungen im Bildungssystem vorher genauer ausgelotet sein müssen)
- Die LehrerInnenausstattung in Grundschulen soll bei Inklusion berücksichtigt werden, die Kinder mit Behinderungen zählen mit plus Förderfaktor, der noch nicht bekanntgegeben wurde.

Ich gehe davon aus, dass der Referentenentwurf noch über den Jahreswechsel hinaus erörtert und im Frühjahr ins parlamentarische Verfahren eingebracht wird.

Freundlicher Gruß

Markus Schnapka

Anlage zu TOP 23 (Vorlage Nr. 601/2012-GB)

Fb4/ Jugendschutz/ Cimpean

zu Vorlage Nr.
601/2012-GB

23.11.2012

Zur Anfrage aus dem Schulausschuss: „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“

Aktuell gibt es in Zusammenarbeit mit dem Präventiven Jugendschutz keine Projekte, die sich speziell dem Thema sexueller Gewalt oder Gewalt gegen Frauen und Mädchen widmen.

Das Angebot für Grundschulen „Mein Körper gehört mir!“ wurde im März dieses Jahres den Bornheimer Grundschulen vorgestellt und schien auf Interesse zu treffen. Mit der Jugendarbeit hat es jedoch diesbezüglich keine Zusammenarbeit gegeben, nähere Infos von Frau Blank.

Nicht zuletzt aufgrund der personellen Situation im Bereich Jugendarbeit/ Jugendschutz lag der Fokus eher auf allgemeiner Gewaltprävention. Diese wird in Bornheim sowohl als Verhaltens- aber auch als Verhältnisprävention durchgeführt. Da der Jugendschutz und die Jugendarbeit in Bornheim hauptsächlich primärpräventiv arbeiten, sind Projekte häufig als Querschnittsaufgabe sucht- als auch gewaltpräventiv. (Hauptthemen des Jugendschutzes in Bornheim waren in den vergangenen Jahren Drogen/ Sucht/ Gewalt/ GutDrauf.)

Offene Jugendarbeit

Offene Jugendarbeit ist im Kern Präventionsarbeit, besonders deutlich wird dies an den häufig wechselnden Treffpunkten größerer Jugendgruppen, in deren Umfeld immer wieder der Ruf nach sinnvollen Alternativen zu Sucht- oder sogar Gewaltverhalten laut wird. Mobile Jugendarbeit macht hier Angebote, die teilweise deutlichen Präventionscharakter haben. Im Ortsteil Sechtem beispielsweise hat es aufgrund einer schwierigen Situation mehrere verhältnispräventive Maßnahmen gegeben, die die Situation vor Ort auch im Bereich jugendlicher Gewalt nachhaltig verbessern sollen.

Zu nennen sind an dieser Stelle auch die Aufstockung der Mobilien Jugendarbeit um den Jugendbus, der in Bornheim mit einer deutlichen gewaltpräventiven Motivation eingeführt wurde oder Veranstaltungen wie GutDrauf by Night, die durch ihren sportlichen Ansatz Gewaltprävention vermitteln können.

In den Einrichtungen, wie z.B. im BJT, wird Gewaltprävention ebenfalls immer wieder auch sekundärpräventiv thematisiert, u.a. mit einem Anti-Aggressionstraining für Jungen.

Runder Tisch Friedliches Miteinander

In 2009 wurde in Bornheim aufgrund diverser Zwischenfälle mit Jugendlichen ein Runder Tisch gegründet, der sich mit dem Thema Prävention von Gewalt und Vandalismus auseinandersetzen sollte. Mitgearbeitet haben hier Jugendarbeit, Fachstelle Suchtprävention, Polizei und Schule/ Kita. Es hat bis 2010 drei Treffen gegeben – mit geringer Beteiligung der Schulen. Guten Anklang bei Schulen fand dagegen ein Fachtag im Januar 2010 zum Thema. Der Runde Tisch hat danach aufgrund der Personalsituation nicht wieder stattgefunden.

Förderung Projekte zur Gewaltprävention

Viele Bornheimer Schulen führen Projekte zur Gewaltprävention oder Selbstbehauptungskurse in Eigenregie durch. Für die Bornheimer Grundschulen besteht die Möglichkeit einer Förderung gewaltpräventiver Projekte durch das Jugendamt. SchülerInnen werden pro Kurs

1

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	05.02.2013
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	072/2013-4
Stand	11.01.2013

Betreff Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2013 betr. mehr Flexibilität in der Offenen Ganztagschule

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beauftragt den Bürgermeister,

1. dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung einen Bericht über die Handhabung der den Eltern eingeräumten Möglichkeiten zur frühzeitigen Abholung ihrer Kinder aus dem Betreuungsangebot der offenen Ganztagschule in den unterschiedlichen Schulen vorzulegen,
2. die Schulen gleichzeitig zu bitten, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen den Eltern eine möglichst flexible Abholung ihrer Kinder zu prüfen.

Sachverhalt

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2013 ist beigefügt.

Seitens des Bürgermeisters bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, entsprechend dem Antrag zu beschließen.

Es wird bereits jetzt ausdrücklich darauf hingewiesen, dass allgemeine flexible Abholzeiten zu organisatorischen Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Angebote der offenen Ganztagschule führen.

Der nordrhein-westfälische Landtag hat sich mit der Thematik der Betreuungszeiten in den offenen Ganztagsgrundschulen im Rahmen einer kleinen Anfrage vom 13. September 2012 beschäftigt. Die Antwort der Landesregierung, die auch die rechtliche Situation darstellt, hierzu lautet wie folgt:

„Bei der offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) handelt es sich um ein auch von der öffentlichen Hand finanziertes Bildungsangebot. Grundlage ist der Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 23.12.2010, der auch Regelungen zur Teilnahme der Kinder enthält. Der Erlass enthält gegenüber den Vorläufererlassen keine Änderungen zur Teilnahme der Kinder.

2. Wie bewertet die Landesregierung solche starren Regelungen bei den offenen Ganztagsgrundschulen?

In der OGS gibt es ausreichend flexible Möglichkeiten. Die tägliche Anwesenheit in der OGS ist „in der Regel“ erforderlich. Über Ausnahmen wird vor Ort entschieden. Zur Erfüllung der Vorgaben des Erlasses vom 23.12.2010 ist es lediglich erforderlich, dass Regel und Ausnahme deutlich voneinander unterscheidbar sind. Das Land erlässt keine Vorgaben, welche

Ausnahmen zulässig sind, weil es weder sinnvoll noch möglich ist, einen landesweiten Katalog von Ausnahmen zu erstellen, der alle denkbaren Optionen erfasst.

Plätze für Kinder, die die OGS regelmäßig vor 15 Uhr (z. B. um 13.00 Uhr oder 14:00 Uhr) verlassen, können vom Land nicht als OGS-Plätze bezuschusst werden. Für diese Kinder stellt das Land als Alternative zur OGS den Schulträgern eine zusätzliche Betreuungspauschale zur Verfügung. Über die Betreuungspauschale können u.a. Angebote für Kinder durchgeführt werden, die nur an einzelnen Tagen oder nur über die Mittagszeit eine Betreuung brauchen.

Über die Verwendung der Betreuungspauschale entscheiden die Schulträger. Einen individuellen Rechtsanspruch auf Einrichtung eines bestimmten Betreuungsangebots gibt es nicht.

3. Was gedenkt die Landesregierung gegen diese Regelung, die weder im Sinne der Eltern noch der Kinder sind, zu tun?

Durch den Erlass vom 23.12.2010 ist die notwendige Flexibilität gegeben.“

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2013



Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

FDP-Fraktion Bornheim, Rathausstr. 2, 53332 Bornheim

Frau
Gabriele Deussen-Dopstadt
Vorsitzende des Ausschusses für Schule,
Soziales und demographischen Wandel
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Tel.: 02222/99 44 50
Fax: 02222/99 44 52

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

Bornheim, 9. Januar 2013

Sehr geehrte Frau Deussen-Dopstadt,

hiermit stellen wir gemäß §3 (1) GeschO den folgenden Antrag für die kommende Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel:

Mehr Flexibilität in der Offenen Ganztagschule

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beauftragt den Bürgermeister,

- (1) dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung einen Bericht über die Handhabung der den Eltern eingeräumten Möglichkeit zur frühzeitigeren Abholung ihrer Kinder aus dem Betreuungsangebot der offenen Ganztagschule in den unterschiedlichen Schulen vorzulegen.
- (2) die Schulen gleichzeitig zu bitten, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen den Eltern eine möglichst flexible Abholung ihrer Kinder zu ermöglichen

Begründung:

Bei der Einführung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich war die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf das vorrangige Ziel des Gesetzgebers. Insofern ist die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am Offenen Ganztage freiwillig. Selbstverständlich muss ein qualitatives Ganztagsangebot jedoch darüber hinaus auch hochwertige individuelle Fördermöglichkeiten der Kinder eröffnen.

Allerdings melden sich in letzter Zeit in Bornheim die Beschwerden von Eltern, dass die mit der Anmeldung verbundene grundsätzliche Pflicht zur täglichen Teilnahme zu rigide ausgelegt wird. Den Eltern wird demnach in unterschiedlichen Schulen erklärt, dass sie ihr Kind generell nicht zu einer früheren Uhrzeit aus der Offenen Ganztagschule abholen dürfen, wenn sie ihr Kind für das einjährige Betreuungsangebot angemeldet haben.

Auch erreichen uns Rückmeldungen, dass Eltern, die ihre Jungen und Mädchen an einzelnen Tagen vorzeitig aus dem Betreuungsangebot an OGS-Grundschulen herausnehmen möchten, mitgeteilt wird, dass als Folge ihr Kind im folgenden Schuljahr bei der Platzzuteilung nicht mehr berücksichtigt werden könne.

Die Eltern fühlen sich daher in Ihrem im Grundgesetz verankerten Recht zur Erziehung ihrer Kinder beschnitten. Bei dem Offenen Ganztage an Grundschulen handelt es sich jedoch explizit um ein freiwilliges Angebot.

Für Kinder im Elementar- und Primarbereich ist es besonders wichtig, dass sie neben dem Kindergarten und der Schule über ein starkes familiäres Umfeld verfügen. Wenn Vater und Mutter oder die alleinerziehende Mutter bzw. der alleinerziehende Vater arbeiten, bedeutet der Offene Ganztage ein notwendiges und wichtiges Angebot zur Betreuung und Bildung.

Dieses Angebot darf aber nicht dazu führen, dass der Offene Ganztage zum Hinderungsgrund wird, wenn die Familie trotz Arbeit einmal zusammenzukommen möchte, um gemeinsam etwas zu unternehmen. ‚Ganz oder gar nicht‘ darf hier nicht die Alternative darstellen. Die Ausgestaltung von Ganztageangeboten sollte sich daher immer auch an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientieren. Ebenfalls gilt es zu berücksichtigen, dass Eltern selbstverständlich der Verantwortung nachkommen möchten, ihre Kinder zu erziehen und zu fördern.

Staatliche Ganztageregelungen, die außerschulische Aktivitäten und damit wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung der Kinder nahezu verhindern, werden einem umfassenden und ganzheitlichen Förder- und Bildungsanspruch nicht gerecht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Koch, Hans-Martin Siebert, Matthias Kabon und Fraktion

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	05.02.2013
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	058/2013-4
-------------	------------

Stand	02.01.2013
-------	------------

Betreff Mitteilung betr. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim für das Schuljahr 2013/14

Sachverhalt

Auf die Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel am 28.11.2012 (Vorlage Nr. 581/2012-4) wird verwiesen.

Wie bereits in der vorgenannten Sitzung mündlich erläutert, haben sich die Anmeldetermine wegen der Karnevalstage geändert und wurden nunmehr in Absprache mit den Schulleitungen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim für das Schuljahr 2013/14 wie folgt festgelegt:

- Europaschule Bornheim = 04.-15.02.2013 / Versand der Zu- und Absagen am 22.02.2013.
- Alexander-von-Humboldt-Gymnasium = 25.02.-06.03.2013 / Versand der Zu- und Absagen am 08.03.2013.
- Sekundarschule Bornheim = 25.02.-06.03.2013 / Versand der Zu- und Absagen am 08.03.2013.

Seitens der Bezirksregierung Köln bestehen gegen die geänderten Termine keine Bedenken.

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	05.02.2013
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	059/2013-4
-------------	------------

Stand	02.01.2013
-------	------------

Betreff Mitteilung betr. Fortführung der Zukunftswerkstatt 2012

Sachverhalt

Auf die Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel am 28.11.2012 (Vorlage Nr. 564/2012-4) wird verwiesen.

Das zusätzliche Treffen der Zukunftswerkstatt 2012 über die Schulentwicklungsplanung sowie die bildungspolitischen Grundsätze hat am 04.12.2012 (vormittags) unter der Moderation des Beigeordneten Markus Schnapka in der Johann-Wallraf-Schule Bornheim stattgefunden. Das Protokoll ist zur Information beigefügt.

Anlagen zum Sachverhalt

Protokoll Fortsetzung Zukunftswerkstatt 04.12.2012

02.01.2013



Fortsetzung der Bornheimer Zukunftswerkstatt 2012
am 04.12.2012

**Bildung wird entwickelt:
Bewegung in Bornheim**

1. Konkurrenz um die Köpfe

- Problem: Randorte werden nach Brühl oder Bonn Auspendler verzeichnen. Wie können wir Ein- und Auspendlerverhältnis steuern?
- Durch Profilierung der Schulen Attraktivität steigern. Stadt Bonn wird egoistisch, vor allem bei Förderbedarf.
- Aber: Bornheim ist attraktiv und kann darauf bauen.
- Können wir im Gymnasium den Einpendlereinzug erweitern (z.B. Bonn)?
- Auch beim Kompetenzzentrum gibt es Anfragen aus Wesseling und Bonn
- Den Eltern sind die Regelungen oft nicht klar - sie sollen frühzeitig informiert werden, die Platzverteilung ist früh wichtig
- **Regionale SEP ist dringend notwendig** - gibt es bislang zu wenig
- Der Umfang Sekundarschule muss reflektiert werden (Alleinstellungsmerkmal wie bei der Gesamtschule) - auch wichtig bei Förderbedarf

Zu tun: Regionale Schulentwicklungsplanung forcieren (Schulträger)

1.2 Einpendler und Auspendler

- Die Existenz von Schulen und Schulstandorten ist nicht in Frage gestellt.
- Aber warum pendeln 40% aus? Antworten: Randorte, Verkehrsanbindungen, Berufskollegs etc, Mädchenschule)
- Realschulen bieten Alternative - jedoch: Sekundarschule Merten
- Dagegen spricht: Realschule Brühl (Erich K.) hat wenig Anmeldungen
- Was wird sich verändern, wenn Alfter eine weiterführende Schule im Nachgang zur Hauptschule hat?

1.3 Zubauen vermeiden. ?

- Zubauten in der Gesamtschule nicht nur in Bezug auf Schülerzahlen, sondern auch die Inklusion berücksichtigend! (Zu tun: Schulträger Raumkonzept)
- LVR-Schule - wie sieht die Weiterentwicklung aus? Kann die Schule von umliegenden Bornheimer Schulen zu nutzen? Die hängt vom Schulgesetz und von der generellen Linie des LVR ab. (Zu tun: Bereitschaft des LVR zur Frage der Vernetzung erkunden - Schulträger)
- Sorge: Förderung wird ggfs. schlechter als bislang. Kann nicht innerhalb von einem Jahrgang gelöst werden und auch nicht von den Kommunen allein.
- Wir brauchen die räumliche Konsequenz von Inklusion in allen Schulen, auch den Grundschulen. Zu tun: Der Schulentwicklungsplan ist an den Standorten zu ergänzen/weiterzuentwickeln. Schulträger mit allen Schulen, auch im Rahmen des Aktionsplanes „Inklusive Bildung in Bornheim“
- Ausbauprogramme werden nicht an allen Schulen gleichzeitig passieren können.
- Das Kompetenzzentrum muss sich für alle aufstellen.
- Die Idee des Inklusionscampus (Elementarbereich/Sekundarbereich) ist zukunftsweisend.
 - Vorhandene Räume können auch genutzt werden!
 - Kooperationen auch im Hinblick auf Raumbedarf erarbeiten. (Wer soll dies tun?)
 - Merten ist noch nicht durchgängig im Ganzttag - das ist aber die Zukunft! Auch die Differenzierung und die Ausweitung des Lehrpersonals sind raumplanerisch nicht ausreichend berücksichtigt (trifft auch für andere Schulen zu. Ist eindeutig konnexitätsrelevant und wird im Rahmen der Gesetzgebung (9.SchulRÄndG) derzeit debattiert.
 - In Rösberg gibt es eine Elternbewegung gegen Inklusion - mit separierenden Tendenzen (fast wie Privatschule ohne Behinderte) Achtung: Schulbuswunsch von Waldorf nach Rösberg - kann massives Problem werden. Wird so von der Rösberger Schulleitung nicht gesehen. Auch in Waldorf Elternproteste (von Minderheiten)

1.4 Inklusion

- AvH wird durchgängiges Inklusionskonzept erstellen. Kooperation mit Kompetenzzentrum ist vorhanden. Auch GS und SekS wirken daran mit. Fortbildungen zum Thema laufen fürs Kollegium. Thema betrifft auch Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund. („Überflieger in der SekS bleiben in der SekS“)
- Erzbistum Köln hat für seine 32 Standorte eine Gesamtkonzept vor. Modalitäten sind in der Diskussion. Auf zusätzliche Förderstunden (landesfinanziert) ist kaum zu hoffen (private Ersatzschule). Bis dahin Vor-Ort-Konzepte für Kinder mit Förderbedarf. Aber auch bauliche Konsequenzen sind zu bedenken – jedoch: Umbau gerade abgeschlossen, dennoch werden Anpassungen versucht. Auch Förderschulen des Erzbistums sind als Ressource denkbar, aber zu weit weg.
- Bleiberecht der aufnehmenden Schule hat Priorität.
- Sollen alle Schulen nach Elternwunsch alles machen? (Betrifft vor allem Gymnasium.)
- Umstellung G8 und auf gebundenen Ganztage und Inklusion kann nicht in einem Rutsch gelöst werden.

Zu tun: Kommunalen Aktionsplan ist in Arbeit. (Schulträger mit allen)

1.5 Hersel Einpendlerbegrenzung?

Trifft so laut Leitung Herseler Grundschule nicht zu. Einpendler aus Bonn sind derzeit nicht gegeben.

1.6 Fraktionsübergreifender AK

Beschluss liegt vor, Themenvorgabe gibt es nicht.

Betrifft derzeit

- Kompetenzzentrum (Einladung der Verbundschule)
- Raumbedarf
- Andocken an bestehende Gesprächskreise unter Einbindung der Praxis möglich

Zu tun: Verwaltung lädt in Abstimmung mit schulpolitischen SprecherInnen ein.

2. Grundschulen

2.1 Schülerzahlen in den Grundschulen

- In Waldorf nicht 200, sondern 220
- In Sechtem und anderswo sind die Neubaugebiete nicht berücksichtigt.
- 1 1/2 - zügig wird in Rösberg erwartet.
- In Bornheim jetzt 3 Eingangsklassen. Wenn Eingangsphase verlängert wird, dann kann die Grenze von 30 SchülerInnen pro Klasse erreicht werden. Recht der Eltern ist nicht kongruent mit der LehrerInnenausstattung. Zwar Reduzierung auf 29, aber das reicht nicht. Wir brauchen die LehrerInnen für die 4. Eingangsklasse. Zu tun: Schreiben an Landesregierung (Vorbereitung Frau Meier, Umsetzung Schulträger)

2.3 und 2.4 Bei kleinen Grundschulen Verbände?

- Schulkonferenz Rösberg ist gegen Verbund (z.B. mit Merten).
- Schulprofil soll erhalten bleiben (z.B. Kath. Ansatz)
- Kann diese Schule in Rösberg nicht geöffnet werden für andere Ortsteile?
- Schulleitung: Wird so bereits von den Eltern aus anderen Ortsteilen angenommen.
- Problem der Profilierung bei Grundschulen problematisch. Funktioniert nur, wenn Schuldichte am Standort oder sehr große Schule gegeben ist.
- Kleine Klassen sind durchaus profilträchtig - aber: Ungleiche Schülerverteilung, da gibt es Verlierer und Gewinner. Wenn in Rösberg 2 Klassen gebildet werden, wird die Klassenfrequenz woanders höher
- Innerer Widerspruch: AVO wird nicht angewendet (23-er Wert)

2.5 Strukturierter (gebundener) Ganztags

- Ganztagszüge gibt es in Hersel.
- In Merten, Sechtem, Roisdorf und Walberberg gibt es sie zum kommenden Schuljahr.
- In Waldorf ist der kommende Ganztagszug auf das besondere Konzept auszurichten.
- In der GS-Bornheim ist der Ganztagszug auf der Agenda, würde aber eine ungleiche Aufteilung der anderen OGS-Gruppen bewirken. Voraussichtlich Konzepterstellung jetzt, Umsetzung nicht 2013/14 (v.a. wg. Personalbewegungen)
- Rösberg hat hohen Bedarf, aber Eltern wollen keine Änderung. Außerdem müsste 2-Zügigkeit garantiert sein. Zu tun: Hier sind neue Lösungen denkbar (Schulleitung Rösberg)

3. Grundschulen Räume

3.1 1,8 Räume sind gut und geben Raum für Mehrzweck und Ganzttag

- Der Ganztagszug bringt neue pädagogische Akteure in die Schule. Ist das überhaupt statthaft – und wo sollen sie untergebracht werden (Therapie, Zusatzangebote)? Und wie ist das mit Bevorzugung einzelner Therapeutischer Praxen im Zusammenwirken mit der Schule?
- Für Rösberg stimmt das nicht (1,8), weil zu kleine oder ungeeignete Räume einbezogen wurden.
- Generell sind die einbezogenen Räume korrekt beziffert.
- Therapiemobil? Erscheint nicht tauglich, aber variable Räume könnten ein Modell sein.
- Die Schnittzahl von 1,8 ist zu pauschal und erfasst nicht die einzelnen Standortbedingungen.
- Der Ganztagszug kann Raumkapazitäten bringen. Die Raumsituation hat sich in Hersel aufgrund des Ganztagszuges eher entspannt. Es ist auch sinnvoll, keine Nachmittagsschule in der Schule zu etablieren. Allerdings: Umfangreiche Raumlogistik notwendig. Das hat auch Haushaltskonsequenzen für den Schulträger.
- Mensen und Essensausgabe sind allerdings Herausforderung, die sich mit der Zunahme an Ganztagschule verschärft. Muss räumlich berücksichtigt werden (z.B. Roisdorf).
- Kein Maßnahmenkorsett für alle, sondern Standortkonzepte mit dem Ziel der bedarfsgerechten Raumausstattung (Zu tun: Korrekturen im Sep, Alle in Rekurs auf den SEP)

3.2 Pro Zug ein Mehrzweckraum plus Mensa für

alle

- Mensa ist als solche unabhängig von der Zügigkeit
- GS Bornheim hat Raumbedarf, Modellrechnung trifft nicht zu (Schulleitung).

3.3 Bornheim und Roisdorf/Zügigkeit

- Siehe Protokoll der Zukunftswerkstatt (s. 13)
- Wunsch der Schulkonferenz Roisdorf: Wie kann die Schüleraufnahme gesteuert werden? Gefahr der Stigmatisierung der Roisdorfer Schule ist gegeben. Ist aufnahmeabhängig. Wird von Eltern im Aufnahmeverfahren die Qualität der Schule erkannt, ist Verbleiben an der Schule stabil. Derzeit aber Wegbewegung bei Neuanmeldungen.
- Die Bornheimer Grundschule korrespondiert ihre Aufnahmepraxis mit der Roisdorfer Schule. Aber auch: Antragskinder mit berücksichtigten. Zu tun: Verstärken (GS Bornheim und GS Roisdorf)
- Gegen Elternwillen ist das nicht möglich, auch Korrespondenz reicht nicht. Aber:
 - In Profil der Schule investieren, attraktiver gestalten. Schulprofil ausbauen und unterstützen.
 - Kleine Klassen als Qualitätsmerkmal möglich? (Lehrerzuweisung? Analogie zu Großstadtvierteln)
 - Bei Gesamtschulen gibt es Verfahren bei Überhang. Gibt es so etwas auch bei Grundschulen (Quotierung/Verteilerschlüssel)?
 - Eltern im räumlichen Überschneidungsbereich gezielt „beraten“?
 - Vorschlag: Infoveranstaltung für Grundschulen Zu tun: Schulträger
 - Eigene Zusammenkunft auf Schulträgerebene

4. Weiterführende Schulen

4.1 Chancen

- Sekundarschule muss in ihrer Bildungsvielfalt in den Grundschulen dargestellt werden. Es geht nicht um eine Umwandlung (HS in SekS), sondern eine Neugründung!
 - Nicht alle Bornheimer Schüler werden in Bornheim einen Platz finden. Kooperation mit Swisttal notwendig. Hauptschuleinpendler
 - Gesamtschule kann mehr Schüler mit HS-Empfehlung aufnehmen. (zu tun: Ges. schule)
 - Aber Vorsicht: keine Verdrängung von bestimmten Schulempfehlungen (HS)
 - Zu tun: Schulträger muss das kollegiale Miteinander von HS und SekS unterstützen:
 - Revitalisierung des Altbaugesbüdes
 - Ungleichgewicht der Klassenfrequenz/Raumbedarf/Funktionsräumen
 - Dabei ist auch die Martinusschule zu berücksichtigen.
 - Schulträger Richtung Bezirksregierung: Vorgabe für künftige HS-Leitung zur verbindlichen Kooperation mit der SekS
- Konflikt: Innere und äußere Differenzierung, Schulprofil:
Leistungsmischung/-separierung - zu welchem Preis?

4.2 und 4.3 Verbände, Kooperationen

- Die Konzepte der Sekundarschule in Bornheim und der Verbundschule in Swisttal sind (sehr) unterschiedlich.
- Zu tun: Kooperation ja, Verbund nein. (Schulträger)

4.4 1,8 Klassen-, Fach-, Mehrzweck- und Ganztagsräume

- Trifft so nicht zu, 1,8 ist als Richtgröße untauglich. Standortkonzepte wie bei Grundschulen notwendig. (zu tun: Alle)
- Schulleitung AvH: Gebundener Ganztags, Mensaaufstockung notwendig (Zu tun: Prüfung durch Schulträger)
- In Merten sind die Zahlen von der Wirklichkeit überholt (4-zügige gebundene Ganztagschule). Zu tun: Neuplanung/Korrektur ist zeitlich dringend (Schulträger)
- Europaschule : Ist in Arbeit.
- Inklusion ist bei der Berechnung des Raumbedarfs noch nicht berücksichtigt. Muss aber sein. (Zu tun: Bornheimer Aktionsplan, siehe auch an anderer Stelle)

4.5 Raumbilanz weiterführende Schulen und Grundschulen

- Der Zuwachs an pädagogischem und therapeutischem Personal und aufgrund der veränderten Ausbildungsordnung im LehrerInnensektor ist nicht räumlich berücksichtigt. Dabei sind auch die Sanitäranlagen zu berücksichtigen.

5. Zentrum mit Kompetenz (Uta Will)

AK Zukunft Kompetenzzentrum (s. Anlage von Uta Will)

- Kinderkonferenz
 - Fortbildungskoordination in Bezug auf Kinder mit Förderbedarf
 - Kontext mit Aktionsplan „Inklusion in Bornheim“
 - Förderressourcen „teilen“, Einzugsbereich überprüfen (reg. Schulentwicklung)
 - **Konzeptkonferenz: 18.12. 14.00 Uhr im Jugendamt (Brunnenallee)**
 - Übergang vom Elementarbereich zum Primarbereich muss im Hinblick auf Inklusion ausgefeilt werden (Instrumente für den Übergang)
 - Rückstellungen kindorientiert berücksichtigen
- Zu tun: Kompetenzzentrum und Schulträger erarbeiten Konzept – auch zur Weitergabe und zur Abstimmung mit der Landesregierung

Bildung wird entwickelt:

Bornheim in Bewegung



Bornheimer Verbundschule

Schule der Stadt Bornheim mit den Förderschwerpunkten
Sprache und Lernen im Primar- und Sekundarbereich

Erste Ideensammlung zur Konzeptentwicklung vom Kompetenzzentrum in ein Förderzentrum

In einer Sitzung der „Kleinen Kommission“ im Städte- und Gemeindebund stand das Thema „Inklusion“ auf der Tagesordnung. Staatssekretär Hecke war zur Erörterung gekommen. In der Sache gab es interessante und positiv aufzunehmende Tendenzen, wie z.B. die, dass an der Mindestzahl (144) für den Bestand einer Förderschule noch gefeilt wird und dass die Kompetenzzentren nicht einfach als auslaufend definiert werden sollen, sondern der Übergang (z.B. in ein Förderzentrum) geebnet werden soll. Dies und die als von allen als sehr positiv empfundene Arbeit des KsF's spricht dafür, sich konzeptionell auf den Weg zu machen, das Kompetenzzentrum in ein Förderzentrum umzuwandeln bzw. das KsF neu auszurichten. Wir wollen nicht warten, bis uns etwas auf- bzw. vorgesetzt wird, sondern wir wollen die Richtung maßgeblich mitbestimmen.

Wichtig dabei ist, dass das System „Bornheimer Verbundschule“ und „KsF“ nicht alleine gedacht wird, sondern von allen Schulen der Bildungslandschaft Bornheim betrachtet wird. Auch Ressourcen außerschulischer Partner müssen ebenfalls mit in die Überlegungen, aber auch mit in die Vernetzung und Arbeit für eine Neukonzeptionierung einbezogen werden.

Folgende Schwerpunkte sind erste Ideen von Seiten des Schulträgers, der Schulaufsicht sowie des Schulleitungsteams der VB, das KsF neu auszurichten:

- Koordinierung geordneter Übergänge von Kindergärten in Schule, von Klasse 4 in 5 sowie von Schule in den Beruf („Kinderkonferenz“ wird bereits im Januar erstmalig durchgeführt)
- Elternberatung in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Schulpsychologischen Dienst, der EBS sowie dem Schulärztlichen Dienst
- Interpretation und Definition des Begriffes „Kinder in Krisensituationen“
- Klasse E für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Möglichkeit der Elternbegleitung (Therapiesuche, Jugendamt, etc.)
- Elternschulung in Zusammenhang mit den oben genannten Institutionen
- Koordinierung geordneter Übergänge der Kollegen, die möglicherweise mit den Kindern gehen

- Koordinierung eines angemessenen Rahmens, der die Umsetzung von Inklusion auch ermöglicht (Tempo rausnehmen und ehrlichen Zeitplan entwickeln)
- Regelmäßige Konferenzen, Austausch und das Angebot der Kollegialen Fallberatung für Lehrkräfte, die bereits im GU tätig sind
- Koordinierung gemeinsamer Fortbildungen
- Öffnung für weitere Förderschwerpunkte
- Aufstellung von Qualitäts- und Alleinstellungsmerkmalen aller Schulen als Grundlage für die (ehrliche) Beratung von Eltern
- Unterstützung/Hilfen beim Aufbau von sog. Schwerpunktschulen (Wo bietet es sich an? Welche räumlichen Kapazitäten sind vorhanden? Welche Konzepte für die Inklusion liegen vor? Welche Unterstützung wird noch benötigt, um sich in Richtung Inklusion aufzustellen? Welche Schwerpunkte haben einzelne Schulen schon, die sich in der Inklusion nutzen lassen?)
- Einsatz für den Erhalt von Personalressourcen in der Stadt Bornheim
- Alle Ressourcen bündeln und bei Bedarf umverteilen
- Regionale Schulentwicklung denken: BV als die (möglicherweise einzige) Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Sprache des RSK linksrheinisch (Schonraum für die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten)

Um die Ideensammlung zu vervollständigen und sie konzeptionell auszugestalten, möchten wir gerne eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Auf der Zukunftswerkstatt hat sich bereits eine Gruppe zum Thema „Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums“ gebildet (Frau Deussen-Dopstadt, Frau Garbes, Frau Heitmann, Frau Fischer, Frau Mühlberg, Frau Peiffer, Herr Rauh, Frau Rothkegel, Herr Schnapka, Frau Will, etc.) Weitere Interessenten können gerne dazukommen. Das nächste Arbeitstreffen wird am Dienstag, den 18.12.12 um 14.00 Uhr im Jugendamt der Stadt Bornheim (Brunnenallee) stattfinden.

Bornheim, 02.12.2012

Uta Will, Schulleiterin

Fortsetzung der Bornheimer Zukunftswerkstatt 2012 am 04.12.2012 in der Johann-Wallraf-Schule Bornheim

Teilnehmerliste:

- Christoph Becker / Europaschule Bornheim
- Paul Breuer / Die Linke
- Gabriele Deussen-Dopstadt / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Petra Domscheit / Nikolaus-Schule Waldorf
- Dr. Brigitte Engelhardt / Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim
- Elvira Garbes / Stadt Bornheim FB 4
- Astrid Geschwind / Sekundarschule Merten
- Manfred Harder / Stadt Bornheim FB 4
- Ute Krüger / SPD-Fraktion
- Andrea Lauer / Thomas-von-Quentel-Schule Walberberg
- Gertrud Meier / Johann-Wallraf-Schule Bornheim
- Cordula Müller / Elterninitiative Inklusion
- Norbert Rauh / Herseler-Werth-Schule
- Valentina Rignanese / Stadt Bornheim FB 4
- Christine Rönker / Jugendamts-Elternbeirat
- Gisela Rothkegel / Inklusionsbeauftragte Stadt Bornheim
- Uta Scheuer / Sebastian-Schule Roisdorf
- Markus Schnapka / Stadt Bornheim Dezernent und Moderator
- Michael Sebastian / Sprecher freie Träger Jugendhilfeausschuss
- Hans-Martin Siebert / FDP-Fraktion
- Barbara Thienpont / Markus-Schule Rösberg
- Frank Wasser / Realschule Ursulinenschule Hersel
- Uta Will / Bornheimer Verbundschule

Insgesamt 23 Teilnehmer / -innen

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	05.02.2013
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	060/2013-4
-------------	------------

Stand	03.01.2013
-------	------------

Betreff Mitteilung betr. Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule am Schulstandort Uedorf

Sachverhalt

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel hat in seiner Sitzung am 28.11.2012 (Vorlage Nr. 578/2012-4) den Bürgermeister beauftragt,

1. im Benehmen mit der Schulaufsicht und der Schulleitung zu prüfen, inwieweit durch schulorganisatorische Maßnahmen der Schulstandort Uedorf für den sonderpädagogischen Förderbedarf langfristig erhalten werden kann,
2. den Ausschuss regelmäßig über die weitere Entwicklung zu berichten.

Über die künftige Entwicklung und Fortführung der Bornheimer haben am 29.11.2012 die Schulaufsicht des Rhein-Sieg-Kreises, die Schulleitung der Bornheimer Verbundschule und Vertreter der Stadtverwaltung ein gemeinsames Gespräch geführt.

Das Ergebnis des Gespräches entspricht der beigefügten Aufstellung der Bornheimer Verbundschule vom 02.12.2012 (Erste Ideensammlung zur Konzeptentwicklung vom Kompetenzzentrum in ein Förderzentrum). Ein weiteres Gespräch in dieser Zusammensetzung ist für den 16.01.2013 vorgesehen.

Die fachlichen Schwerpunkte wurden durch die Leiterin der Verbundschule, Frau Will bei dem zusätzlichen Treffen der Zukunftswerkstatt 2012 am 04.12.2012 in der Johann-Wallraf-Schule in Bornheim dargelegt. Auf das Protokoll dieser Veranstaltung (Vorlage Nr. 059/2013-4) sowie der Stellungnahme der Stadt Bornheim als Schulträger zu den inhaltlichen Fragen des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes an die Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW (Vorlage Nr. 577/2012-4) wird verwiesen.

Am 18.12.2012 hat in den Räumlichkeiten des Jugendamtes das nächste Arbeitstreffen stattgefunden. Nach der allgemeinen Diskussion wurden bei dieser Veranstaltung die drei Arbeitsgruppen Landesregierung, Stadt und Schulen gebildet. Die Ergebnisse des Treffens mit den Auswertungen der einzelnen Arbeitsgruppen sind beigefügt. Der nächste gemeinsame Termin findet nach den vorherigen Treffen der jeweiligen Arbeitsgruppen am 14.01.2013 statt.

Ziel der Stadt Bornheim ist es, den Schulstandort Uedorf dauerhaft zu erhalten und dessen Kompetenz zur Entwicklung der Inklusion für die gesamte Bornheimer Bildungslandschaft zu stärken. Es wird ein Konzept zur Fortentwicklung des derzeitigen Kompetenzzentrums in ein Förderzentrum entwickelt, das in Abstimmung mit der Schulaufsicht dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW zur Genehmigung vorgelegt wird.

Nach den derzeitigen Erkenntnissen ist wegen des verzögerten Gesetzgebungsverfahrens und dem damit verbundenen Beteiligungsverfahren der Fachverbände und Organisationen mit einer Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes zum im Vorfeld beabsichtigten

Termin (Schuljahresbeginn 2013/14) nicht zu rechnen.

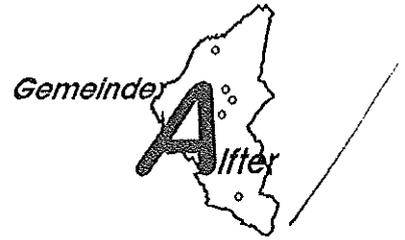
Über die weiteren Gespräche, Arbeitstreffen und beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen wird der Bürgermeister den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel regelmäßig unterrichten.

Anlagen zum Sachverhalt

- Erste Ideensammlung zur Konzeptentwicklung vom Kompetenzzentrum in Förderzentrum (Anlagen 1.1 und 1.2)
- Zusammenfassung des Arbeitstreffens vom 18.12.2012 (Anlagen 2.1 - 2.7)

Anlage 1.1

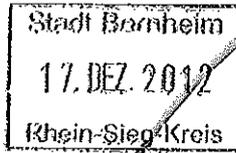
Der Bürgermeister



Gemeinde Alfter, Am Rathaus 7, 53347 Alfter

Fachgebiet 1.4
-Schule, Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit-

Stadt Bornheim
 Postfach 1140
 53308 Bornheim



Auskunft erteilt: Herr Schmeken
Telefon: (0228) 6484-158
Fax: (0228) 6484-199
E-Mail: michael.schmeken@alfter.de
Ihr Zeichen:
Aktenz, (bitte stets angeben):
Datum: 14.12.2012

Gesamtschule Alfter – Dependancenlösung mit Gesamtschulen anderer Gemeinden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler, *Lieber Wolfgang,*

die Gemeinde Alfter hat am 20.09.2012 bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag auf Errichtung einer 4-zügigen integrativen Gesamtschule (Gemeinsamer Unterricht für Schüler/innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf) im Ganztagsbetrieb für die Gemeinde Alfter zum Schuljahr 2013/14 gestellt.

Am 6.12.2012 hat Regierungspräsidentin Walsken in einem persönlichen Gespräch die Vertreter der im Rat der Gemeinde Alfter vertretenen Fraktionen und mich darüber informiert, dass die zum Schuljahr 2013/2014 geplante Gesamtschule Alfter nicht genehmigt werden kann, da der Schulentwicklungsplan zu wenig gemeindeeigene Schüler in dem gesetzlich vorgeschriebenen Prognosezeitraum (5 Jahre) ausweist und die Haushaltslage der Gemeinde Alfter zum jetzigen Zeitpunkt die Bedingungen für die Genehmigung einer gemeindeeigenen Gesamtschule als freiwillige Aufgabe nicht zulässt.

Ferner wies die Regierungspräsidentin auf die Möglichkeit einer Dependancenlösung hin. Dieses Modell ist auf Grundlage des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes seit dem 22.11.2012 möglich. Danach können kleinere Dependancen einer bestehenden Gesamtschule zugelassen werden. Für die Gemeinde Alfter bestünde daher grundsätzlich die Möglichkeit, eine solche Dependance in den Räumlichkeiten der Hauptschule Oedekoven zu errichten. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Alfter eine Nachbarkommune dafür gewinnt, eine solche Dependance in Alfter einzurichten. Die Nachbarkommune müsste auch nicht an Investitionskosten beteiligt werden.

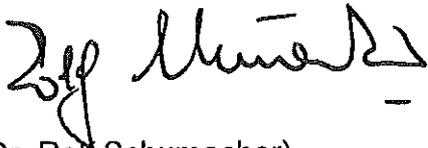
Zu Ihrer Information habe ich den vollständigen Text der Presseinformation 104/2012 der Bezirksregierung Köln meinem Schreiben beigelegt.

Anlage 1.2

Der Rat der Gemeinde Alfter hat die Verwaltung am 13.12.2012 ermächtigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Bornheim oder der Bundesstadt Bonn mit dem Ziel abzuschließen, eine maximal dreizügige Dependance einer bestehenden Gesamtschule im Gebäude der derzeitigen Gemeinschaftshauptschule in Alfter-Oedekoven zu errichten.

Ich leite hiermit die Bitte um Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule am Standort Alfter-Oedekoven mit der Bitte einer wohlwollenden Prüfung weiter. Über eine positive Reaktion würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Rolf Schumacher)



Presseinformation 104/2012

Köln, 06.12.2012

Seite 1

Keine Genehmigung für eigene Gesamtschule in Alfter - Dependancenlösung möglich

Pressestelle

presse@brk.nrw.de

Telefon: (0221) 147 – 2163
– 2164

Fax: (0221) 147 – 3399

Zeughausstraße 2-10,

50667 Köln

www.bezreg-koeln.nrw.de

In einem persönlichen Gespräch hat Regierungspräsidentin Gisela Walsken Bürgermeister Dr. Rolf Schumacher und Vertreter der im Rat der Gemeinde Alfter vertretenen Fraktionen heute darüber informiert, dass die geplante Gesamtschule für das Schuljahr 2013/2014 nicht genehmigt werden kann. Zusätzlich informierte sie über die neue Möglichkeit eine Dependance einer bestehenden Gesamtschule einer anderen Gemeinde in Alfter zu gründen.

Regierungspräsidentin Gisela Walsken: „Mir war es wichtig offen und transparent über die derzeitige Situation und mögliche Lösungen frühzeitig zu informieren. Dies gilt insbesondere vor dem Engagement und Einsatz von Eltern, Politik und Verwaltung. Zum jetzigen Zeitpunkt kann Alfter die Bedingungen für eine Genehmigung einer gemeindeeigenen Gesamtschule nicht erfüllen. Dies belegt der vorgelegte Schulentwicklungsplan und die angespannte Haushaltslage in Alfter.“

Zu wenig gemeindeeigene Schüler

Der vorgelegte Schulentwicklungsplan weist aus, dass in dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestprognosezeitraum von fünf Jahren die erforderliche Mindestanzahl von jährlich 100 Schülerinnen und Schülern nicht erreicht werden wird. Schon für das Schuljahr 2014/2015 kommt der Schulentwicklungsplan zu dem Ergebnis, dass

Region denken

Praktisch entscheiden



mit nur noch 83 gemeindeeigenen Schülerinnen und Schülern die Mindestschülerzahl deutlich unterschritten wird.

Der Versuch zur Errichtung einer Gesamtschule in Alfter scheiterte bereits im vergangenen Jahr, weil statt der notwendigen 100 nur 89 Kinder angemeldet wurden.

Finanzsituation von Alfter weiterer Hinderungsgrund

Die Bezirksregierung Köln hat bei Schulneugründungsplänen neben den schulrechtlichen Voraussetzungen auch die Frage der Finanzierbarkeit im Rahmen der Kommunalaufsicht mitzuprüfen. Die Gemeinde Alfter verfügt bislang über kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept. Sie unterliegt damit in ihren Entscheidungen dem Nothaushaltsrecht. Daher kann sie die von ihr selbst mit 11,6 Millionen Euro veranschlagten Investitionen für einen Schulneubau nicht tätigen. Derzeit wären nur sogenannte Pflichtaufgaben zulässig. Bei der Neugründung würde es sich aber um eine freiwillige Leistung handeln. Auch ohne die erforderlichen Investitionen für eine neue Gesamtschule ist der Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2022 bisher nicht sichergestellt und würde sich die Gefahr der Überschuldung erhöhen.

Dependancenlösung neue Alternative

Bereits seit 2009 berät die Bezirksregierung Köln die Gemeinde Alfter bei ihren Plänen eine gemeindeeigene Gesamtschule zu errichten. Regierungspräsidentin Walsken stellte den Vertretern aus Politik und Verwaltung heute eine Dependancelösung vor. „Damit könnte vor Ort ein Gesamtschulangebot realisiert werden. Alfter kann sich bei diesem Lösungsweg auf die Unterstützung der Bezirksregierung

Köln, 06.12.2012
Seite 2

Pressestelle
presse@brk.nrw.de
Telefon: (0221) 147 – 2163
– 2164
Fax: (0221) 147 – 3399
Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln
www.bezreg-koeln.nrw.de

Region denken
Praktisch entscheiden



verlassen“, resümiert Walsken. Dieses Modell ist auf Grundlage des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes seit dem 22.11.2012 möglich. Danach können kleinere Dependancen einer bestehenden Gesamtschule zugelassen werden. Für die Gemeinde Alfter bestünde daher grundsätzlich die Möglichkeit, eine solche Dependance in den Räumlichkeiten der Hauptschule Oedekoven zu errichten. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Alfter eine Nachbarkommune dafür gewinnt, eine solche Dependance in Alfter einzurichten.

So könnten die Investitionskosten von 11,6 Millionen Euro für einen Neubau gespart werden. Die Nachbarkommune müsste auch nicht an Investitionskosten beteiligt werden. Dies könnte es einer Nachbargemeinde erleichtern eine Kooperation mit Alfter zu schließen. Zugleich würde der Haushalt von Alfter geschont.

Köln, 06.12.2012
Seite 3

Pressestelle
presse@brk.nrw.de
Telefon: (0221) 147 – 2163
– 2164
Fax: (0221) 147 – 3399
Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln
www.bezreg-koeln.nrw.de

Region denken
Praktisch entscheiden

Anlage 3.1



Bornheim, 22.12.2012

Erklärung des Bürgermeisters und der Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Bornheim zu den Überlegungen einer Dependance der Europaschule in Alfter

Die Gemeinde Alfter hat die Stadt Bornheim am 14.12.2012 gebeten, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen, mit der die Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule (Europaschule) in Alfter möglich wird. Hintergrund für diese Bitte ist die Entscheidung der Bezirksregierung Köln, keine Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zu genehmigen. Im Ergebnis eines Prüfungsprozesses kommen der Bürgermeister, die Fraktionsspitzen und die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher zu dem Schluss, dass eine Dependance der Europaschule in Alfter nicht die richtige Lösung darstellt. Zielführend ist stattdessen eine Kooperation zwischen weiterführenden Schulen (auch der Europaschule) und einer zu gründenden eigenständigen Sekundarschule in Alfter. Die gesamte Erklärung finden Sie hier!

Die Gemeinde Alfter hat die Stadt Bornheim am 14.12.2012 gebeten, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen, mit der die Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule (Europaschule) in Alfter möglich wird. Hintergrund für diese Bitte ist die Entscheidung der Bezirksregierung Köln, keine Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zu genehmigen.

Die Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Alfter ist für die Stadt Bornheim wichtig. Und auch die regionale Weiterentwicklung der Bildungslandschaft hat für Rat und Verwaltung einen herausragenden Stellenwert.

Für die Entscheidung des Schulträgers Stadt Bornheim über die Bildung einer Dependance der Europaschule in der Gemeinde Alfter und damit über eine grundlegende Änderung dieser erfolgreichen Schule ist das Votum der Schulkonferenz der Europaschule unverzichtbar. Diese hat am 19.12. getagt und sich eindeutig gegen eine Dependance in Alfter ausgesprochen.

Aus der Sicht der Stadt Bornheim als Schulträger sind in Übereinstimmung mit der Schulkonferenz der Europaschule insbesondere folgende Aspekte abzuwägen und zu prüfen:

die Qualität des schulischen Angebotes an der Europaschule für die Schülerinnen und Schüler aus allen Herkunftskommunen, breites Fächerangebot und Wahlmöglichkeiten;
die Praktikabilität einer Dependance an zwei Standorten: 2 Lernorte für Schülerinnen und Schüler, 2 Einsatzorte für Lehrerinnen und Lehrer, geteilte Schulleitung, zusätzlicher Schülertransport;
die Auswirkungen auf andere weiterführende Schulen in Stadtgebiet Bornheim – auch die Sekundarschule Merten und das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium;
die Kostenfolgen für die Stadt Bornheim;
die Auswertung der vorliegenden Schulentwicklungspläne und damit die quantitative Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit weiterführenden Schulen und Gesamtschulen im regionalen Umfeld.

Im Ergebnis dieses Prüfungsprozesses kommen der Bürgermeister, die Fraktionsspitzen und die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher zu dem Schluss, dass eine Dependance der Europaschule in Alfter nicht die richtige Lösung darstellt.

Zielführend ist stattdessen eine Kooperation zwischen weiterführenden Schulen (auch der Europaschule) und einer zu gründenden eigenständigen Sekundarschule in Alfter. Damit ist der Schulstandort Alfter für eine weiterführende Schule gesichert und die Fortsetzung der Schullaufbahn bis zum Abitur in Kooperation mit Bornheimer Schulen gewährleistet.

Die endgültige Entscheidung wird nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel durch den Rat getroffen. Dennoch ist es nach Auffassung von Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden notwendig, die Öffentlichkeit und vor allem Eltern und Kinder nicht im Ungewissen zu lassen, zumal in den Medien der Eindruck erweckt wurde, als seien die Weichen bereits Richtung Dependance Europaschule gestellt. Die Stadt Bornheim wird eine Entscheidung treffen, bei der die Bildungsqualität für Kinder und Eltern Vorrang hat.

Anlage 3.2

Wolfgang Henseler, Bürgermeister, Petra Heller, CDU-Fraktion, Wilfried Hanft, SPD-Fraktion, Gabi Deussen-Dopstadt, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Christian Koch, FDP-Fraktion, Hans-Gerd Feldenkirchen, UWG/Forum-Fraktion

< zurück zur Meldungsübersicht

Stellungnahme der Schulkonferenz der Europaschule Bornheim auf Anfrage der Stadt Bornheim betreffend der Errichtung einer Dependance der Europaschule in Alfter

Die Schulkonferenz der Europaschule Bornheim spricht sich einstimmig und mit großem Nachdruck gegen die Errichtung einer Dependance in Alfter aus. Die Schulkonferenz bittet den Schulträger dringend von einer entsprechenden Kooperation mit der Gemeinde Alfter abzusehen. Das Vorgehen der Bezirksregierung Köln, der Stadt Bornheim die Errichtung einer Dependance der Europaschule in Alfter zu empfehlen, ohne die Schulgemeinde der Europaschule Bornheim an diesen Überlegungen zu beteiligen, löst Unverständnis und Befremden aus. Die Schulkonferenz bedauert, dass der Gemeinde Alfter trotz engagierter Unterstützung - auch durch die Europaschule Bornheim - die Gründung einer eigenen Gesamtschule versagt wurde und steht in Anerkennung dieser Situation einer Kooperation mit einer alternativ in Alfter zu gründenden Sekundarschule positiv gegenüber.

Begründung

Die Europaschule Bornheim hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1989 durch intensive Arbeit und mit Unterstützung des Schulträgers zu einer erfolgreichen Schule entwickelt, in der wertvolle pädagogische und fachliche Arbeit geleistet wird. Das lebendige Schulleben ist von einem respektvollen, demokratischen Umgang und einer hohen Identifikation aller Beteiligten mit der Europaschule Bornheim geprägt. Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrerschaft bilden trotz der Größe der Schule eine Schulgemeinde, in der jede und jeder Einzelne zählt.

Die Errichtung einer Dependance würde die Qualität der pädagogischen und fachlichen Arbeit an der Europaschule massiv und nachhaltig negativ verändern. Die Aufteilung der Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer auf zwei Schulstandorte würde in jedem Fall zu einer irreparablen Schädigung der Schulgemeinde führen.

Die Schulkonferenz der Europaschule Bornheim am 19.12.2012

Inhaltsverzeichnis

09/2013, 05.02.2013, Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel	
Sitzungsdokumente	
Einladung Ausschüsse	2
Niederschrift ö ASS 28.11.2012	3
Vorlagendokumente	
TOP Ö 5 Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2013 betr. mehr Flexibilität in der O	
Vorlage 072/2013-4	13
Antrag 072/2013-4	15
TOP Ö 6 Mitteilung betr. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen im Schulträ	
Vorlage ohne Beschluss 058/2013-4	17
TOP Ö 7 Mitteilung betr. Fortführung der Zukunftswerkstatt 2012	
Vorlage ohne Beschluss 059/2013-4	18
Protokoll Zukunftswerkstatt 059/2013-4	19
TOP Ö 8 Mitteilung betr. Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule am Schu	
Vorlage ohne Beschluss 060/2013-4	41
Erste Ideensammlung zur Konzeptentwicklung 060/2013-4	43
Inhaltsverzeichnis	51